

02 / 2021

EUROPA BRAUCHT DIE FINANZTRANSAKTIONSSTEUER – GERADE JETZT

AUF EINEN BLICK

Aus zwei Gründen ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer dringender denn je. Erstens benötigt die EU Eigenmittel, insbesondere zur Finanzierung des Aufbaufonds „Next Generation EU“. Zweitens hat Finanzspekulation in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen. Dies zeigt sich am – angesichts des Wirtschaftseinbruchs fast grotesken – Anstieg der Aktienkurse, am Boom der Digitalwährungen, aber auch an der Instabilität der Kosten von CO₂-Emissionen, insbesondere der Preise von Erdöl sowie der CO₂-Zertifikate, die die Erträge von Investitionen in die Emissionsvermeidung unkalkulierbar macht.

EIN SCHRITT AUF DEM WEG ZU EINER ÖKOLOGISCH-SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

In seiner Krisensitzung vom Juli 2020 verwies der Europäische Rat auf die Notwendigkeit von EU-Eigenmitteln zur Finanzierung des neuen Aufbauinstruments „Next Generation EU“. Eine Option sei eine Finanztransaktionssteuer (FTS). Wichtiger als ihr fiskalischer Ertrag ist allerdings: Eine europäische FTS würde strukturelle Ursachen der sich seit den 1970er Jahren vertiefenden Krise bekämpfen, insbesondere die Dominanz der Finanz- über die Realwirtschaft. Sie wäre ein Signal für einen Kurswechsel von einem (finanzkapitalistischen) System des „Lassen wir unser Geld arbeiten“ zu einem (realkapitalistischen) System, das sich am Grundsatz orientiert: „Arbeiten wir selber – als Arbeitnehmer_in und Unternehmer_in – an der Bewältigung der anstehenden Probleme zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und der natürlichen Umwelt!“

Hier wird zunächst der systemische Charakter der gegenwärtigen finanzkapitalistischen Krise skizziert. Daran anschließend wird gezeigt, wie eine FTS eine essenzielle Komponente des Finanzkapitalismus mildern würde, und zwar die Instabilität der für die Realwirtschaft wichtigsten Preise wie

Wechselkurse, Rohstoffpreise, Zinssätze und Aktienkurse. Dadurch würde auch die Bekämpfung des Klimawandels erleichtert. Denn diese wird durch die Schwankungen der Preise fossiler Energieträger sowie der CO₂-Emissionsrechte massiv beeinträchtigt, da diese Schwankungen die Kalkulation des Ertrags von Investitionen zur CO₂-Reduktion faktisch unmöglich machen. Abschließend wird das Ertragspotenzial einer EU-weiten FTS skizziert.

VON REALKAPITALISTISCHER PROSPERITÄT IN DIE FINANZKAPITALISTISCHE KRISE

Bis Anfang der 1970er Jahre konnte sich die kapitalistische „Kernenergie“, das Profitstreben, nur in der Realwirtschaft entfalten: Bei festen Wechselkursen, insbesondere des US-Dollars als Weltwährung, (daher) stabilen Rohstoffpreisen, Zinssätzen unter der Wachstumsrate und „schlafenden“ Aktienbörsen war durch Finanzspekulation nichts zu holen. Mit den Realinvestitionen boomte die Gesamtwirtschaft, schon 1960 war Vollbeschäftigung erreicht. Die Unternehmen finanzierten ihre Investitionen teilweise durch Kredite, ihre Defizite waren etwa so hoch wie die Überschüsse (Sparen) der privaten Haushalte. Unter diesen Bedingungen hatte der Staat einen ausgeglichenen Haushalt (die Summe der Salden aller volkswirtschaftlichen Sektoren ist null), bei Zinsen unter der Wachstumsrate ging die Staatsschuldenquote 20 Jahre lang zurück.

Der Übergang vom Real- zum Finanzkapitalismus begann mit der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse durch die USA 1971. Innerhalb von zwei Jahren verlor der US-Dollar 25 Prozent an Wert. Darauf reagierten die Ölexporture 1973

>

mit dem ersten „Ölpreisschock“, der einen Inflationsschub sowie eine globale Rezession auslöste. Zwischen 1976 und 1979 verlor der US-Dollar nochmals 25 Prozent an Wert, gefolgt vom zweiten „Ölpreisschock“ samt Rezession. Diese dauerte mehr als zwei Jahre, weil gleichzeitig die Zinsen drastisch erhöht wurden, insbesondere die Dollarzinsen. Dies leitete eine drastische Aufwertung des US-Dollars ein, die alle Dollarschulden aufwertete: Infolge dessen brach 1982 die Schuldenkrise Lateinamerikas aus – diese Länder hatten sich in den 1970er Jahren massiv in US-Dollars verschuldet.

Die Hochzinspolitik führte in den Industrieländern dazu, dass die Zinsen ab 1980 über der Wachstumsrate lagen. In den USA wurde dies nach zehn Jahren wieder korrigiert, in Europa lag hingegen das Zinsniveau 35 Jahre lang über der Wachstumsrate. Diese Konstellation sowie die enormen Schwankungen von Wechselkursen und Rohstoffpreisen verlagerten das Profitstreben von Real- zu Finanzinvestitionen, zusätzlich gefördert durch den 1982 einsetzenden Aktienboom. Mit dem Rückgang des Wachstums von Realinvestitionen und Gesamtproduktion (BIP) nahmen Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung immer mehr zu. Die Unternehmen senkten ihre Kreditaufnahme, seit etwa 20 Jahren erzielen sie sogar Überschüsse, akkumulieren also Finanzkapital. Da die privaten Haushalte weiter sparten, „erlitten“ die (meisten) Staaten nahezu permanent Budgetdefizite. Öffentliche Sparpolitik erschien als „Sachzwang“ und damit die Schwächung des Sozialstaats.

Auf den Einbruch der Aktienkurse 2000/02 folgte ein neuerlicher Boom, gleichzeitig stiegen auch die Preise von Rohstoffen und Immobilien, insbesondere in den USA. 2007/08 wurden alle drei Vermögen durch drei „Bärenmärkte“ entwertet, die wichtigste systemische Ursache der Finanzkrise (Bilanzverkürzung dezimierte das Eigenkapital, insbesondere der Banken). Während die Wirtschaft in der EU danach jahrelang stagnierte, insbesondere als Folge einer verschärften Sparpolitik in Südeuropa, stiegen die Aktienkurse bis März 2015 auf das Dreifache und legten danach weiter zu. Eine „Korrektur“ in Gestalt eines Bärenmarktes wurde immer wahrscheinlicher. Die Corona-Krise löste daher im März 2020 den schärfsten Kurssturz der Geschichte aus: In vier Wochen verloren die Aktien etwa 40 Prozent an Wert.

Das freie Spiel der Marktkräfte hätte diese Entwicklung in einen Bärenmarkt münden lassen (wie 2000 und 2008), der auch andere Vermögenspreise erfasst und (damit) auch kapitalgedeckte Renten gekürzt hätte. Zur Vermeidung einer solchen neuerlichen Finanzschmelze begannen die wichtigsten Notenbanken, Financial Assets in noch nie dagewesenem Ausmaß zu kaufen. Damit signalisierten sie den Finanzinvestor_innen: Mit den Kursen kann es nur wieder nach oben gehen! Innerhalb weniger Monate stiegen die Aktienkurse um etwa 50 Prozent – genau in jener Phase, in der die Weltwirtschaft infolge der Corona-Krise stärker einbrach als je zuvor.¹

DIE FOLGEN DER „MANISCH-DEPRESSIVEN“ SCHWANKUNGEN DER FINANZMÄRKTE

Die Abfolge von Bullen- und Bärenmärkten beeinträchtigt die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung in mehrfacher Weise.

Erstens: Die Auf- und Abwertungen von Vermögen und Schulden ziehen massive Nachfrageschwankungen nach sich. So hat die Entwertung des US-Dollars in den 1970er Jahren die realen Exporterlöse der Ölproduzenten entwertet und wesentlich zu deren Gegenreaktion in Gestalt der beiden „Ölpreisschocks“ beigetragen. Die nachfolgende Dollaraufwertung erhöhte die Last der Dollarschulden der Entwicklungsländer. Seit den 1990er Jahren stimulierte die Aufwertung des Aktien- und Immobilienvermögens die Konsumnachfrage, dessen Entwertung 2000 und 2008 in schwere Rezessionen führte.

Zweitens: Die Instabilität von Wechselkursen, Rohstoffpreisen, Aktienkursen und Anleihekursen bzw. Zinssätzen verlagert langfristig (strukturell) das Profitstreben der Unternehmen von Aktivitäten in der Realwirtschaft zu Finanzveranlagung und -spekulation.

Drittens: Die von Bullen- und Bärenmärkten verursachten Finanzkrisen und Rezessionen sowie die strukturelle Dämpfung der Realinvestitionen sind die Hauptgründe für die Abschwächung des Wirtschaftswachstums und den langfristigen Anstieg von Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung, Armut und Ungleichheit.

Viertens: Die Bekämpfung der Erderwärmung wird durch die Schwankungen der Preise fossiler Energie sowie der CO₂-Emissionszertifikate geradezu systematisch erschwert. Denn Investitionen in die CO₂-Reduktion weisen extrem lange Amortisationszeiten auf. Sie erfordern daher die Sicherheit, dass die Emissionskosten in Zukunft stetig steigen (ihr Profit besteht ja in den dadurch vermiedenen Kosten). Tatsächlich haben allein in den vergangenen zwölf Jahren sinkende Erdölpreise drei Mal die CO₂-intensiven Endprodukte wie Treibstoffe, Heizöl etc. massiv verbilligt. Noch instabiler entwickelten sich die CO₂-Emissionspreise. Daher spekulieren viele CO₂-Emittenten auf niedrige CO₂-Kosten, statt in deren Vermeidung zu investieren.²

WIE SICH BULLEN- UND BÄRENMÄRKTE ENTWICKELN

Dieses für alle Finanzmärkte typische Phänomen aufeinanderfolgender Bullen- und Bärenmärkte entsteht aus dem Zusammenwirken neuer Nachrichten (News), technischer Spekulationssysteme (Algo Trading), dem „Nachhinken“ von Amateur_innen und optimistischen bzw. pessimistischen Marktstimmungen (Bullishness bzw. Bearishness), im Folgenden skizziert am Beispiel eines Bullenmarkts:

- Eine unerwartete Information (News) löst einen Kursschub (Run) nach oben aus.
- Darauf produzieren Trend-following Trading Systems eine Serie von Kaufsignalen (je nach ihren Parametern reagieren Modelle unterschiedlich rasch; ein triviales System wäre z. B.: Kaufe bzw. verkaufe, wenn der Preis die Linie des gleitenden Durchschnitts von unten bzw. oben schneidet).³
- Die sequenzielle Exekution des Clusters an „technischen“ Kaufsignalen verstärkt den Aufwärtstrend.
- Es folgen die Käufe von Amateur_innen aller Art (Latecoming Bandwagonists).
- Verliert der Run an Dynamik, so beginnen die Contrarian

Models Verkaufssignale zu produzieren (sie setzen auf eine Richtungsänderung).

- Schließlich löst eine negative News eine Gegenbewegung aus.
- Bei optimistischer Marktstimmung dauern Runs nach oben länger als nach unten, weil Trader_innen mehr Kapital auf eine Kursbewegung setzen, die der Grundstimmung entspricht.
- Dies gilt für alle Datenfrequenzen: Mehrere Runs auf Basis von Tickdaten (sie erfassen jede Transaktion) akkumulieren sich zu einem Run auf Basis von Minutendaten, mehrere Minutenruns akkumulieren sich zu Stundenruns und so fort.

Bullen- bzw. Bärenmärkte entwickeln sich somit in einem stufenweisen Aufwertungsprozess, indem über mehrere Jahre (Mini-)Trends nach oben bzw. unten länger dauern als Gegenbewegungen – egal, ob es sich um Aktien-, Devisen-, Anleihekurse, Rohstoff- oder CO₂-Zertifikatspreise handelt bzw. die Preise der darauf bezogenen Derivate.

STABILISIERUNG DER MÄRKTE DURCH EINE GENERALE FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Die meisten Finanztransaktionen werden von computergestützten Trading Systems ausgelöst, zumeist ohne eine Aktivität von Trader_innen (Automated Trading). Sie verarbeiten zumeist nur vergangene Kurse (die Fundamentalwerte werden in jedem Fall ignoriert) und versuchen, das Phänomen von Kursschüben (Trending) zu nutzen, oft nur für einige Sekunden. Die extremste Form von Algo Trading stellt der Hochfrequenzhandel dar, bei dem innerhalb von Milli- oder sogar Mikrosekunden gekauft und verkauft wird (die Gewinnspanne liegt unter 0,001 Prozent, der Gesamtprofit resultiert aus dem hohen Volumen je Transaktion und deren Häufigkeit).

Wegen seiner enormen „Geschwindigkeit“ konzentriert sich das Trading auf Derivate, insbesondere auf die auf Börsen gehandelten Aktienindex- und Anleihederivate (wie auf der Eurex der DAX Future sowie der Bund, Bobl und Schatz Future). Denn die Transaktionskosten sind niedriger und die Exekutionsgeschwindigkeit ist höher als auf den Kassamärkten. Eine neue, EU-weite FTS macht daher nur dann Sinn, wenn sie auch die Derivatmärkte erfasst. Als Steuersatz wäre der von der EU-Kommission vorgeschlagene Wert von 0,01 Prozent für Käufer_innen und für Verkäufer_innen, also 0,02 Prozent je Transaktion, zweckmäßig, weil damit nur das destabilisierende, „schnelle“ Trading belastet würde. Dieser Satz sollte einheitlich für sämtliche Finanztitel gelten. Denn der von der EU-Kommission vorgeschlagene – zehn Mal höhere – Steuersatz von 0,1 Prozent für den Handel mit „echten“ Aktien und Anleihen (Kassamarkt) diskriminiert Transaktionen, die der längerfristigen Veranlagung dienen (dagegen liefern Pensionsfonds – erfolgreich – Sturm). Außerdem wird befürchtet, dass sich dadurch die Kosten der Staatsfinanzierung erhöhen würden. Auch der Ertragsausfall durch einen einheitlich niedrigen Steuersatz ist vernachlässigbar, da nur etwa fünf Prozent aller Finanztransaktionen in der EU auf den Handel mit Aktien und Anleihen entfallen.

Und so würde eine FTS von 0,02 Prozent bei Börsengeschäften „funktionieren“. Kauft jemand Aktien im Wert von

10.000 Euro, so würde dafür 1 Euro an FTS fällig. Einmalige Käufe mit dem Ziel, einen Finanztitel zu halten, oder nur fallweise getätigte Transaktionen wie Kurssicherungs-geschäfte (Hedging) werden durch die FTS somit nicht belastet. Ganz anders im Fall des „schnellen Trading“ mit Derivaten. Beispiel: Eine Bank, ein Hedgefonds oder ein_e Amateur_in spekuliert auf Kursschübe des DAX innerhalb des Handelstages (Day Trading). Der DAX Future hat einen (Basis-)Wert von 25 Euro je Indexpunkt, bei 12.000 Punkten sind dies 300.000 Euro. Erwartet der/die Trader_in einen Kursanstieg, so kauft er/sie einen Kontrakt, muss dafür etwa 15 Prozent als Sicherstellung (Margin) hinterlegen, also 45.000 Euro. Steigt der Dax um 0,1 Prozent (meist dauern Kursschübe nur wenige Minuten), und der/die Trader_in verkauft, so hat er/sie 300 Euro gewonnen (0,1 Prozent von 300.000 Euro), bezogen auf den Einsatz von 45.000 Euro sind das 0,66 Prozent (der Hebel beträgt 6,6). An FTS müsste er/sie für Kauf und Verkauf des Future je 0,01 Prozent des Kontraktwerts berappen (0,02 Prozent von 300.000 Euro), also 60 Euro oder 20 Prozent des Spekulationsgewinns.

Je schneller spekuliert wird und je geringer daher der Einzelgewinn ist, desto stärker wird dieser steuerlich belastet. Das Ausnützen aller Kursschübe, in denen der jeweilige Finanztitel um weniger als 0,02 Prozent steigt oder fällt, wird selbst durch einen minimalen Steuersatz von 0,02 Prozent unprofitabel. Der Hochfrequenzhandel würde daher durch eine FTS „weggesteuert“. Gleichzeitig belastet die FTS Derivatspekulationen umso stärker, je höher der Hebel ist und damit auch das Verlustrisiko. Denn die Bemessungsgrundlage ist immer der Kontraktwert. Da sich Bullen- und Bärenmärkte aus der Akkumulation von (Mini-)Runs ergeben, die für längere Zeit nach oben bzw. unten länger dauern als Gegenbewegungen, würde die Eindämmung des „(ultra-)schnellen“ Trading auch das Ausmaß des Overshooting von Aktien-, Anleihe- und Wechselkursen mildern, also ihrer Abweichungen von den jeweiligen Fundamentalwerten.

Im Hinblick auf die zur Bekämpfung des Klimawandels nötigen Preisanreize ist jedoch zu bedenken: Eine EU-weite FTS würde zwar die enormen Schwankungen der CO₂-Zertifikatspreise im europäischen Emissionshandel mildern (dazu trägt auch die seit 2019 installierte Market Stability Reserve bei), nicht aber die Schwankungen der Weltmarktpreise fossiler Energie, insbesondere für Erdöl. Daher wird es die Festlegung von in der EU gültigen Preispfaden für Erdöl, Kohle und Erdgas brauchen. Denn nur so kann die Profitabilität von Investitionen in die Senkung von CO₂-Emissionen systematisch erhöht und kalkulierbar gemacht werden.

UMSETZUNG UND ERTRAGSPOTENZIAL EINER EUROPÄISCHEN FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Technisch wäre die Umsetzung einer gemeinsamen FTS in allen 26 EU-Mitgliedstaaten einfach, da sämtliche Transaktionen mehrfach elektronisch erfasst sind, und zwar nicht nur jene auf Börsen, sondern auch im außerbörslichen (bilateralen) Handel (Over The Counter – OTC). Dem/der Käufer_in und Verkäufer_in werden je 0,01 Prozent der Transaktionssumme abgebucht. Die Administration würde vereinfacht

und zusätzlich die Verlagerung des Handels in Nicht-EU-Länder (insbesondere Großbritannien) beschränkt, wenn hinsichtlich der Steuerpflicht das Territorialprinzip (alle Transaktionen innerhalb der EU werden erfasst) mit dem Residenzprinzip kombiniert wird (zusätzlich werden auch alle Transaktionen von in der EU angesiedelten Finanzinstitutionen in Nicht-EU-Ländern erfasst).⁴ In diesem Fall würde für Finanzinstitutionen aus Nicht-EU-Ländern das Trading in der EU mit der FTS belastet, nicht aber ihr Trading in anderen Ländern. Der damit verbundene Anreiz, statt in Frankfurt in London zu handeln, betrifft aber nur das „schnelle“, destabilisierende Spekulieren. Begreift man die Einführung einer EU-weiten FTS auch als Signal für einen Kurswechsel von exzessiver „Finanzalchemie“ zu einer realkapitalistischen, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft (dort liegen die Stärken Kontinentaleuropas), dann wird man eine solche Abwanderung begrüßen.

Auch die Entscheidung, wie die FTS-Erträge verteilt werden sollen – ausschließlich an EU-Institutionen als Eigenmittel oder teilweise an die EU-Mitgliedstaaten –, hängt davon ab, in welches wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gesamtkonzept die europäische FTS eingebettet ist. Geht es um den Vorrang für die Bewältigung der Grundprobleme wie sozialer (Un-)Sicherheit, steigender Ungleichheit – von Einkommen und Vermögen bis zu den Chancen auf Bildung, Job und Wohnung – und nicht zuletzt der Verschlechterung der Umweltbedingungen, dann braucht es „mehr Europa“, da diese Probleme allen Mitgliedsländern gemeinsam sind und neue, gesamteuropäische Leitlinien der Politik verlangen.

Selbst wenn alle technischen Details – vom Steuersatz bis zu den steuerpflichtigen Transaktionen – feststünden, ist eine verlässliche Schätzung der Erträge einer einheitlichen FTS in der EU26 unmöglich (einen besonderen Unsicherheitsfaktor stellt die Zukunft des Finanzplatzes London dar, auf den – bisher – etwa zwei Drittel aller Finanztransaktionen in der EU entfielen). Vergleicht man aber die wichtigsten Schätzungen der vergangenen zehn Jahre unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Annahmen, dann erscheint bei einer Erfassung aller Instrumente (insbesondere einschließlich der Derivate), einem Steuersatz von 0,02 Prozent und der Durchsetzung des Residenzprinzips (und damit einer Besteuerung aller Transaktionen von EU-Finanzinstitutionen auch außerhalb der EU26, insbesondere auch in Großbritannien) ein Ertrag zwischen 40 Milliarden Euro und 70 Milliarden Euro wahrscheinlich.⁵

Die wichtigste politische Voraussetzung für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer wäre die Einsicht, dass die neoliberal-finanzkapitalistische „Spielanordnung“ der vergangenen Jahrzehnte Europa in eine Sackgasse geführt hat. An deren Ende muss man umkehren.

Autor

Dr. Stephan Schulmeister ist Universitätslektor und Wirtschaftsforscher. Von 1972 bis 2012 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien. Schwerpunkte: Spekulation auf den Finanzmärkten und ihre Folgen sowie der „lange Entwicklungszyklus“ als Abfolge real- und finanzkapitalistischer „Spielanordnungen“.

Anmerkungen

1 – Die Maßnahmen der US-Notenbank sind dokumentiert in: Cox et al. 2020. Zur Erhöhung der US-Dollarliquidität für andere Notenbanken durch Swap Lines der Fed (allein in der zweiten März-Hälfte um 300 Milliarden US-Dollar), mit denen diese ihre Asset-Käufe in den USA ausweiten konnten, siehe Martens/Martens (2020).

2 – Unter diesen Bedingungen können auch (steigende) CO₂-Steuern bzw. eine weitere Verknappung der CO₂-Zertifikate die Erwartung nicht verankern, dass die Kosten von CO₂-Emissionen stetig überdurchschnittlich steigen. Dazu braucht es die Festlegung langfristiger Preispfade für Erdöl, Kohle und Erdgas, indem die Differenz zum Weltmarktpreis durch eine flexible Steuer abgeschöpft wird (siehe dazu Schulmeister 2020).

3 – Die heute verwendeten Trading Systems sind wesentlich komplexer, es geht aber immer um das Ausnutzen des Trending. Eine konkrete Erklärung von Finanzspekulation und ihren Folgen findet sich in Schulmeister (2018).

4 – Eine eingehende Diskussion der technischen Umsetzung einer FTS findet sich in Schulmeister (2011) sowie in Europäische Kommission (2013).

5 – Für einen Überblick über diverse FTS-Einnahmenschätzungen siehe Funke et al. (2020). Die spezifische Problematik der Transaktionen von EU-Finanzinstitutionen am Marktplatz London wird untersucht in Schulmeister/Sokoll (2013).

Literaturverzeichnis

Cox, J.; Greenwald, D. L.; Ludvigson, S. C. 2020: What Explains the COVID-19 Stock Market?, in: NBER Working Paper 27.784, Cambridge, MA.

Europäische Kommission 2013: Implementing Enhanced Cooperation in the Area of Financial Transaction Tax: Analysis of Policy Options and Impacts, Commission Staff Working Document, SWD(2013) 28 final, Brüssel.

Funke, M.; Meyer, J.; Trebesch, C. 2020: Der deutsch-französische Vorschlag zu einer EU-Finanztransaktionssteuer, Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 24, Kiel.

Martens, P.; Martens, R. 2020: U.S. Debt Crisis Comes into View as Fed's Balance Sheet Explodes Past \$7 Trillion, <https://wallstreetonparade.com/2020/05/u-s-debt-crisis-comes-into-view-as-feds-balance-sheet-explodes-past-7-trillion/> (15.1.2021).

Schulmeister, S. 2011: Implementation of a General Financial Transactions Tax, WIFO Study, Wien.

Schulmeister, S. 2018: Der Weg zur Prosperität, Wals bei Salzburg.

Schulmeister, S. 2020: Fixing Long-term Price Paths for Fossil Energy: The Optimal Incentive for Limiting Global Warming, WIFO Working Paper 604, Wien.

Schulmeister, S.; Sokoll, E. 2013: Implementation of a Financial Transactions Tax by a Group of EU Member States, WIFO Study, Wien.

Impressum

© 2021 **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeberin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax 0228 883 9202, 030 26935 9229,
www.fes.de/wiso

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:
Markus Schreyer, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-96250-816-6